

Hannover, den 18.09.2012

### **Kleine Anfrage zur mündlichen Beantwortung**

Abgeordneter Enno Hagenah (Bündnis 90/Die Grünen)

#### **Welche Möglichkeiten haben Bund und Land, Arbeitsplätze in der niedersächsischen Energiewirtschaft zu halten und auszubauen?**

Auf der einen Seite beklagt Bundesumweltminister Altmeier öffentlich einen aus seiner Sicht zu forsich betriebenen Ausbau der Windenergie von Seiten der Bundesländer (Pressemeldungen vom 18.09.12), auf der anderen Seite bangen gerade an Niedersachsens Küste viele Beschäftigte in der zukunftsträchtigen Offshore-Windindustrie wegen fehlender oder verzögerter Aufträge um ihren Arbeitsplatz.

Während die großen vier Energieunternehmen am deutschen Markt - e.on, RWE, EnBW und Vattenfall - trotz sehr kurzfristiger, politisch verordneter Abschaltung ihrer Atomstromproduktion dennoch im vergangenen Jahr weiter Gewinne erwirtschaftet haben, stehen immer mehr mittelständische Unternehmen der Solar- und Windenergiebranche aktuell vor der Insolvenz oder sind bereits in der Abwicklung. Zusätzlich planen aber auch die Energiekonzerne statt schneller Umstrukturierung hin zur arbeitsplatzintensiven regenerativen Energieerzeugung nach Informationen der Gewerkschaft ver.di einen erheblichen Arbeitsplatzabbau.

In zwei aktuellen Studien der HSH Nordbank und der Commerzbank zur Lage der Windindustrie wird dagegen der Branche in Deutschland und weltweit ein hohes Wachstumspotenzial prognostiziert, weil sie bereits heute an günstigen Onshore-Standorten wettbewerbsfähig gegenüber fossiler Energieerzeugung sei. Dabei weisen die Studien aber auch konkret auf aktuelle Hemmnisse bei uns wie fehlende Netzanschlüsse, Haftungsfragen und die Notwendigkeit von insgesamt stabilen Rahmenbedingungen für den regenerativen Energieausbau ausdrücklich hin. Nach Ansicht von Experten besteht ein Risiko, dass Deutschland und insbesondere Niedersachsen als Hoffungsland der Windenergie Chancen nicht nutzt, die mit der anstehenden Energiewende verbunden sind. Bundesumweltminister Peter Altmeier fordert die Länder auf, „das Tempo ihres Windenergieausbaus zu drosseln“ (HAZ 18.9.2012). Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig Holstein kritisierten die Bundesregierung, „die Energiewende auszubremsen“. Niedersachsen schloss sich der Kritik nicht an.

Für eine erfolgreiche Energiewende braucht Deutschland – und Niedersachsen – rechtzeitig ausreichend Netzanschlüsse für neue regenerative Anlagen und neue transnationale Stromtransportnetze. Die derzeitigen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene in der Politik und bei den Genehmigungsbehörden lassen bei Experten Zweifel aufkommen, ob eine fristgerechte Lösung dieser Aufgaben gelingt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht es nach den Erkenntnissen der Landesregierung aktuell um die Auftragslage und die Arbeitsplatzperspektive an den niedersächsischen Offshore-Windenergiestandorten bei den verschiedenen dort tätigen Unternehmen jeweils, und was plant Wirtschaftsminister Bode zur nachhaltigen Unterstützung?
2. Warum hat sich Niedersachsens Landesregierung, trotz der gerade bei uns besonders Arbeitsplatzstarken On- und Offshore-Windindustrie, nicht der Kritik anderer Bundesländer an den Plänen von Bundesumweltminister Altmeier zur Reduktion des Ausbautempos in der Windenergie angeschlossen und wie will sie sich zukünftig dazu positionieren, wenn sich die

Pläne konkretisieren?

3. Was beabsichtigt die Landesregierung konkret zur Behebung der in den aktuellen Studien der beiden Banken genannten Hemmnisse für einen weiter erfolgreichen Windenergieausbau, wie fehlende Netzanschlüsse, die nicht ausreichend geklärten Haftungsfragen und die Notwendigkeit von insgesamt stabilen Rahmenbedingungen für den regenerativen Energieausbau beizutragen und gegenüber der Bundesregierung sowie den übrigen beteiligten Partnern zu unternehmen?